

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

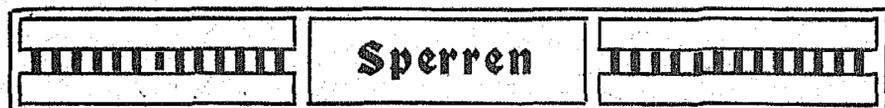
Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 17

Charlottenburg, Freitag, den 23. April 1909

Jahrg. 36



Bollsperrren in Deutschland: Ahlen und Gelsenkirchen-Neckendorf (Westdeutsche Stanz- und Emailierwerke, Ehrenberg & Co.) Golditz (Steingutfabrik A.-G.). Hamburg (Max Wetterhahn, Gimsbütteler Chaussee) für Schildermaler. Lauf. Mannheim. Stogheim.

Halbsperrren in Deutschland: Alexandrintal (Recknagel). Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Eckert & Menz). Königszelt. Langewiesen (Schlegelmilch). Neuhalbensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolfsstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Selb (L. Hutschenreuther inklusive Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperrren in Oesterreich: Linz a. Donau. (Josef Engler Nachfl. und Robert Lenz Nachfl.). Meierhöfen (Ob. Benedikt) für Rapsfeldreher.

Die neue Strafprozeßordnung.

Ein gerichtliches Strafverfahren baut sich auf über dem Strafgesetz und der Strafprozeßordnung. Das Strafgesetz enthält in seinen Paragraphen die Aufzählung der unter Strafe gestellten Absichten und Taten und bestimmt zugleich das Strafmaß für die als verboten bezeichneten Handlungen. Die Strafprozeßordnung dagegen grenzt die Befugnisse des Angeklagten und des Klägers ab, sie regelt das Verfahren in der Voruntersuchung und im Strafprozeß. Dabei spielt selbstverständlich die Abmessung der Rechte des öffentlichen Anklägers, des Staatsanwalts, des Untersuchungsrichters, die Unfechtbarkeit ergangener Urteile und die Bewegungsfreiheit des Angeklagten und der Zeugen eine bedeutende Rolle. Und es ist durchaus kein privates Interesse, was der Einzelne an der mehr oder minder fortschrittlich gehaltenen Reform der Strafprozeßordnung haben sollte, allein, das eine solche Reform in den Vordergrund allgemeinen Interesses rückt. Sondern wie im Gegenteil bei der neuesten Reform der deutschen Strafprozeßordnung allgemein politische und auch gewerkschaftliche Fragen berührt werden, lassen folgende Ausführungen eines Juristen über die „Reform“ der Strafprozeßordnung deutlich erkennen:

Die Gerichtsverfassung eines jeden Landes ist nur das Spiegelbild einer staatsrechtlichen Verfassung. In dem Jahrhundert einer unumschränkten Fürstengewalt hat sich der Richterabsolutismus entwickelt, der in den Formen des Inquisitionsprozesses im geheimen Verfahren Bürger und Bauer bedrückte. Das vorige Jahrhundert brachte dem Bürgertum keinen vollen politischen Sieg und deshalb gestaltete sich der deutsche Strafprozeß, wie die Reichsverfassung, zu einem wunderlichen Gemisch von modernen Ideen der Öffentlichkeit und Mündlichkeit neben schlimmen Resten des geheimen Verfahrens und der unbeschränkten Polizeiherrschaft. An diesem Zustand wird auch jetzt nichts geändert. Die Gesehntwürfe über Aenderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung beweisen, daß auch hier wieder der kleinste Fortschritt mit bedenklichen Verschlechterungen bezahlt werden muß. In einigen Fragen war die Kluft zwischen veralteten Paragraphen und dem Rechtsempfinden so tief geworden, daß selbst die Reichsregierung und

die rückständige Professorenkommission, von der sie sich beraten ließ, das Reformbedürfnis nicht leugnen konnten. Daß jährlich Zehntausende von armen Kindern wegen jeder lächerlichen Kleinigkeit ins Gefängnis gesteckt werden, während offenbar nur der Mangel an Erziehung oder Pflege sie auf den Weg der Straftat bringt, ist eine sinnlose Grausamkeit, die junge Menschen büßen lassen will, was durch die sozialen Zustände verschuldet wurde. Es wird jetzt ein besonderes Verfahren gegen Jugendliche eingeführt, das ermöglicht, gegen Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Besserungsmaßregeln statt der Bestrafung anzuwenden. Die Staatsanwaltschaft soll, wenn die Beschaffenheit der Tat sich dazu eignet, keine Klage erheben, sondern die Sache an die Vormundschaftsbehörde abgeben. Wird gegen einen Jugendlichen das Hauptverfahren eröffnet, so kann das Gericht, auch wenn der Angeklagte schuldig ist, das Verfahren durch Beschluß einstellen, wenn es Erziehung für notwendiger hält als Bestrafung. Auch die seit so vielen Jahren geforderte Berufung gegen die Urteile der Strafkammern wird endlich eingeführt. Der Ruf nach dieser Reform entsprang dem tiefen und berechtigten Mißtrauen gegen die Beamtenrichter. Dagegen hat man nur scheinbar den Zeugniszwang gegen die Presse abgeschafft. Es sollen künftig Redakteure, Verleger und Drucker einer Zeitung die Auskunft über die Person eines Verfassers oder Einsenders eines Artikels strafbaren Inhalts verweigern dürfen, wenn ein Redakteur der Druckschrift als Täter bestraft ist oder seiner Bestrafung kein Hindernis entgegen steht. Diese Vorschrift findet jedoch keine Anwendung, wenn der Inhalt des Artikels den Tatbestand eines Verbrechens begründet (also z. B. Hochverrat). Auch die sehr zahlreichen Fälle, in denen der Zeugniszwang angewendet wurde um ein Disziplinarverfahren gegen einen Beamten durchzuführen, bleiben unberührt.

Diese kleinen Besserungen, die dem ganzen „Volke“ zu gute kommen, werden aufgewogen durch mehrere offensichtliche Rückschritte, deren Folgen besonders die Arbeiterbewegung empfinden wird. In § 233 des Gerichtsverfassungsgesetzes ist folgende Bestimmung eingeschoben, die auf den ersten Blick recht unschuldig aussteht: „Die Zuziehung der Schöffen unterbleibt bei Uebertretungen und bei solchen Vergehen, die nur mit Geldstrafe von höchstens 300 Mt. allein oder neben Haft oder in Verbindung mit Einziehung bedroht sind, sowie bei den nach § 146a der Gewerbeordnung strafbaren Vergehen.“

Diese Vorschrift soll und wird ein Schlag gegen die Gewerkschaften sein. Es würde niemand etwas dagegen einwenden, daß offensichtliche Kleinigkeiten ohne Zuzug von Schöffen entschieden werden. Aber wer denkt nicht daran, in welcher Weise durch Polizeiverordnungen der gewerkschaftliche Kampf erschwert wird? In Sachsen haben die findigen Behörden Polizeiverordnungen gegen den Boykott erlassen. In sehr vielen Städten ist durch Anordnungen der Straßenpolizei das Streikpostenstehen fast unmöglich gemacht. Und welcher Unfug wird mit dem groben Unfug-Paragraphen getrieben! Mit mehrwöchentlichen Haftstrafen sind Personen bedacht worden, die verdächtig waren, an einer friedlichen Wahlrechtsdemonstration sich beteiligt zu haben. Alle diese Uebertretungen soll künftig der Herr Amtsrichter oder der junge, strebsame Assessor allein aburteilen. In dem § 146a der Gewerbeordnung werden Gewerbetreibende, die entgegen den gesetzlichen Vorschriften Arbeiter an Sonn- und Festtagen beschäftigen oder den Be-

Stimmungen über die Sonntagsruhe zuwider handeln, mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. bedroht. Die ausgesprochenen Strafen waren meist so niedrig, daß sie wie eine Aufreizung zur Fortsetzung der Vergehen wirken mußten. Es wird darin sicherlich nichts geändert werden, wohl eher noch eine Verschlechterung eintreten, wenn künftig der Richter allein urteilen wird.

Gegenüber den vielen schweren Mängeln des Strafverfahrens, besonders gegenüber der Rechtlosigkeit des Angeklagten in der Voruntersuchung, gab es bisher ein wertvolles Schutzmittel: Das Gericht war gezwungen, die von dem Angeklagten direkt geladenen Zeugen oder Sachverständigen zu vernehmen. Wiederholt ist es vorgekommen, daß durch solche Beweismittel in der ersten Stunde der Verhandlung das Anklagegebäude zertrümmert worden ist, nachdem vorher der Angeklagte Monate lang in Untersuchungshaft gehalten war und vergeblich die Vernehmung der Zeugen beantragt hatte. Unvergessen ist der große Königsberger Hochverratsprozeß. Nur durch die direkt beigebrachten Zeugen und Sachverständigen wurde es möglich, die Gebilde russischer und preussischer Polizeiphantasie so zu beleuchten, daß die Wahrheit erkannt werden konnte. Diesem wichtigsten Recht des Angeklagten soll jetzt ein Ende gemacht werden. Nach § 232 der neuen Strafprozeßordnung soll künftig das Ermessen des Gerichtes darüber entscheiden, welche Beweise zu erheben sind. Es soll die Beweisaufnahme ablehnen können, wenn wegen „Offenkundigkeit“ sich jede Beweiserhebung erübrigt, ferner wenn die zu beweisende Tatsache für die Entscheidung „ohne Bedeutung“ oder wenn das Gericht das Beweismittel für „ungeeignet“ hält. Wenn diese Bestimmungen angenommen werden, so wird künftig der Prozeß unter dem Zeichen der Willkür stehen. Der Vorsitzende und der Referent des Gerichtes haben sich aus den Akten ihre feste Meinung gebildet, natürlich meist in Übereinstimmung mit der Auffassung der Anklagebehörde. Häufig sind die Herren durch lange Sitzungen übermüdet und nervös. Sie empfinden es als unangenehme Störung und Auflehnung, wenn der Angeklagte durch Zeugen oder andere Beweismittel das fertige Bild, das sich aus den Akten für die Schuld ergibt, zu zerstören unternimmt. Wie nahe liegt da die Versuchung auszusprechen, daß die unter Beweis gestellten Tatsachen „ohne Bedeutung“ oder daß das Beweismittel „ungeeignet“ sei. Wenn gar durch die Beweisaufnahme hohe oder höchste Persönlichkeiten bloß gestellt würden, so wird nur in ganz seltenen Fällen der Angeklagte es durchsetzen, daß die zu seiner Entlastung nötigen Beweise erhoben werden. Das gleiche löbliche Ziel, die gute Gesellschaft vor unangenehmen Enthüllungen zu schützen, wird übrigens auch angestrebt durch weitgehende Einschränkung der Öffentlichkeit in Beleidigungsklagen. Während bisher in allen Fällen die Verkündung des Urteils öffentlich erfolgen mußte, kann durch Gerichtsbeschluß auch für die Begründung und Verkündung des Urteils die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn eine Gefährdung der Staatsicherheit oder der Sittlichkeit zu befürchten ist. In allen Beleidigungssachen genügt dazu schon der Antrag eines Prozeßbeteiligten.

Nicht beseitigt ist in dem Entwurf die unwürdige Stellung des Verteidigers im Vorverfahren. Auch weiterhin wird ihm der Staatsanwalt oder Untersuchungsrichter eine Schildwache mitgeben dürfen, wenn der Rechtsanwalt den Verhafteten besucht. Die Verteidigung bleibt unerträglich erschwert durch die Geheimnisträmerie, die mit den Akten getrieben wird. Während dem Staatsanwalt alle Hilfsmittel zur Verfügung stehen, dauert es oft Monate lang, bis der Verteidiger weiß, was eigentlich dem verhafteten Angeklagten zur Last gelegt wird. Er ist dann gezwungen, oft in wenigen Tagen Gegenbeweise beizuschaffen gegen das Material, das die Anklage Monate hindurch zur Belastung gesammelt hat. Nicht geändert werden auch die Vorschriften über die Untersuchungshaft. Durch eine wertlose Formel über „Kollisionsverdacht“, die vollständig sich deckt mit Beamtenwillkür, können Menschen ein Jahr lang und länger der Freiheit beraubt werden. Spätere Geschlechter werden über diese Zustände ungefähr so denken und sprechen, wie wir über die Hexenprozesse.

Unter diesen Missständen leidet naturgemäß der besitzlose Teil des Volkes am schwersten. Nicht bloß deshalb, weil reiche Leute durch eine Geldleistung sehr oft die Untersuchungshaft abwenden können, sondern auch deshalb, weil nach dem Entwurf der Staatsanwalt nicht mehr verpflichtet ist, in allen Fällen Anklage zu erheben. Was es in der Praxis bedeutet, wenn der Staatsanwalt darüber entscheidet, was im öffentlichen Interesse liegt, ist zur Genüge bekannt.

Die organisierte Arbeiterschaft wird diese Scheinreform rücksichtslos bekämpfen. Die Vorlage ist ein neuer Beweis für

die alte Erfahrung, daß in keinem Land so unverhüllt wie im Deutschen Reich die Justiz zum Mittel des Klassenkampfes gegen das Proletariat herab gewürdigt wird.

Die Generalkommission im Jahre 1908.

In Nummer 15 des „Correspondenzblatt“ wird eine Uebersicht über die Tätigkeit der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften im vorigen Jahre gebracht.

Das Jahr 1908 stand im Zeichen einer tiefgehenden wirtschaftlichen Depression. Die Erfahrungen, die in solchen Zeiten früher in der Gewerkschaftsbewegung gemacht wurden, ließen einen Rückgang der Mitgliederzahl und demzufolge verringerte Einnahmen der gewerkschaftlichen Zentralverbände erwarten. Obwohl auch heute das wirtschaftliche Leben noch sehr darnieder liegt und nicht abzusehen ist, wann eine Wendung zum besseren eintritt, kann doch schon so viel gesagt werden, daß für diesmal die alte Erfahrung sich nicht in dem Maße wie früher bestätigt hat und wahrscheinlich auch nicht bestätigen wird. Die Gewerkschaftsbewegung ist eben stabiler geworden. Soweit die vorliegenden Berichte eine Uebersicht gestatten, haben eine Anzahl Verbände einen Verlust an Mitgliedern bisher überhaupt nicht zu verzeichnen, einige können sogar noch mit einer kleinen Steigerung der Mitgliederzahl aufwarten. Auch bei den meisten der Verbände, die einen Rückgang der Mitgliederzahl aufzuweisen haben, ist derselbe so gering, daß dadurch ihre Finanzen nur wenig berührt werden. Im allgemeinen hat also die Gewerkschaftsbewegung in ihrem Bestand trotz der schweren Krisis im verflossenen Jahre Einbuße nicht erlitten.

Die laufenden Einnahmen der Generalkommission weisen gegenüber dem Jahre vorher ein Mehr von 27 957,36 Mk. auf. Der größte Teil davon entfällt auf die Mehreinnahme an Beiträgen der Verbände, er beträgt 23 404,82 Mk. Hierzu ist zu bemerken, daß bei der Berechnung der im Jahre 1908 bei der Generalkommission eingegangenen Beiträge zum größten Teil die Mitgliederzahlen der Verbände von 1907 zugrunde gelegt haben. Das Jahr 1907 hat bekanntlich eine recht bedeutende Steigerung der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gebracht, die aber bei der Generalkommission in finanzieller Beziehung erst in der vorliegenden Abrechnung für 1908 zum Ausdruck kommt. Der Rest der Mehreinnahme von 4352,54 Mk. verteilt sich auf die übrigen laufenden Einnahmen.

Das Mehr der Ausgaben im Vergleich zum voraus gegangenen Jahre beträgt für 1908: 14 202,21 Mk. Nennenswerte Mehrausgaben weisen auf: Titel „Generalkommission“, sowie Titel „Correspondenzblatt“ und Titel „Zentralarbeitersekretariat“. Die Mehrausgabe unter Titel „Generalkommission“ beläuft sich auf 5155,46 Mk., sie ist im wesentlichen entstanden durch die Erweiterung des Bureaus der Generalkommission und durch Einstellung eines Sekretärs. Für die „Unterrichtskurse“ beträgt die Mehrausgabe 4916,27 Mk. Die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse, die sich im Anfang nur auf 4 Wochen erstreckten, wurden im verflossenen Jahre auf 6 Wochen ausgedehnt. Außerdem wurden im vergangenen Jahre 4 Kurse abgehalten, während es in den Jahren vorher nur drei waren. Dadurch sind die oben angegebenen Mehrausgaben entstanden. Das „Correspondenzblatt“ weist eine Mehrausgabe von 9693,50 Mk. auf, die sich ergeben hat aus der Steigerung der Auflage von 23 600 auf 25 800 sowie aus der Herausgabe umfangreicher Statistiken, die dem „Correspondenzblatt“ extra beigegeben sind und der Mehrausgabe für Mitarbeiter. Die durch das „Zentralarbeitersekretariat“ entstandene Mehrausgabe beträgt 3093,74 Mk., sie ist in der Hauptsache zurück zu führen auf die weitere Einstellung eines Sekretärs. Es kommt hinzu eine Mehrausgabe von 2500,42 Mk., die sich auf mehrere der übrigen Positionen verteilt, so daß die hier aufgeführten Mehrausgaben zusammen 25 359,39 Mk. betragen. Demgegenüber weist jedoch der Titel „Generalkommission“ unter „diverse Ausgaben“ gegen das Jahr vorher ein Weniger auf von 4595,44 Mk., bezugnehmend „Operato Italiano“ ein solches von 6561,64 Mk., so daß die effektive Mehrausgabe, wie oben angegeben, 14 202,21 Mk. beträgt. Für das laufende Jahr dürften sich die Ausgaben bedeutend höher stellen, weil der Generalkommission Aufgaben zugewiesen sind, deren Erfüllung nicht geringe Mittel erfordern wird.

Wie im Berichtsjahre 1906 das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und 1907 das Reichsvereinsgesetz, so beschäftigte auch im Berichtsjahre 1908 den Reichstag ein Gesetzesentwurf, der für die Gewerkschaften von Bedeutung ist. Der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes ging dem Reichstage Ende November 1908 zu und wurde im Dezember einer Kommission überwiesen, die zurzeit die zweite Beratung erledigt hat und demnächst dem Reichstage Bericht erstatten wird. An

dem Gesetzentwurf wurden in der Kommission, der auch drei sozialdemokratische Abgeordnete angehörten, die in leitender Stellung in der Gewerkschaftsbewegung sich befinden, einige Verbesserungen vorgenommen. Insbesondere wurde beschlossen, daß die Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre zu Mitgliedern der Kammer gewählt werden dürfen. Diese Forderung wurde von den Konservativen und Nationalliberalen heftig bekämpft und fand auch durch einen Teil der Freisinnigen nur eine laue Vertretung. Der Regierungsvertreter glaubte in der Kommission erklären zu müssen, daß der Gesetzentwurf mit einer solchen Bestimmung für die Regierung unannehmbar sei. Ob es nach der Beratung im Plenum bei dieser Erklärung verbleiben wird, ist noch nicht sicher.

Von Bedeutung für die Gewerkschaften war auch eine andere Frage, welche den Reichstag in der gegenwärtigen Session beschäftigt, die Frage der Regelung der Heimarbeit. Die Regierung hat in einer Novelle zur Gewerbeordnung auch einige Bestimmungen in Vorschlag gebracht, die auf die Heimarbeit Bezug haben. Von einer ernstlichen oder auch nur annähernd durchgreifenden Regelung der Heimarbeit ist dabei jedoch keine Rede. Trotzdem scheinen die Unternehmer Schlimmeres für sich befürchtet zu haben. Vielleicht hatte man in Regierungskreisen auch ernstlichere Absichten, die jedoch infolge des Einflusses, den die Unternehmerorganisationen auf die Regierung ausüben, nicht zur Durchführung gelangt sind. Die Ausstellung von Erzeugnissen der Heimarbeit, die im Januar und Februar 1906 in Berlin veranstaltet wurde, hatte in den weitesten Kreisen Aufregung hervorgerufen. Auch die Regierungsvertreter, welche die Ausstellung besuchten, schienen nicht abgeneigt, durch die Gesetzgebung der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, die durch die Ausstellung offenkundig wurde, Einhalt zu tun. Dieser Gefahr für ihren Geldbeutel mußten die Unternehmer vorzubeugen suchen. Die Berliner Handelskammer ließ dem Reichstage im Oktober 1906 eine umfangreiche Denkschrift zugehen, in welcher der Versuch gemacht wurde, den Eindruck, den die Ausstellung hervorgerufen hatte, abzuschwächen. Die Generalkommission veranlaßte darauf die Vorstände der Organisationen, die an der Ausstellung beteiligt waren, die Angaben in der Denkschrift nachzuprüfen. Hierbei ergab sich, daß von den Unternehmern, die Material für die Denkschrift der Handelskammer geliefert hatten, der Versuch gemacht worden ist, den Reichstag über die Schäden der Heimarbeit zu täuschen. Von den genannten Vorständen wurde das Beweismaterial hierfür zusammen getragen und von der Generalkommission in einer umfangreichen Denkschrift dem Reichstage zu der Zeit übermittelt, als die Gewerbeordnungskommission mit der Beratung der auf die Heimarbeit bezughabenden Paragraphen der Gewerbeordnungsnovelle begann.

Eine Friedensdemonstration wurde am 20. September 1908 von der Generalkommission in Gemeinschaft mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei, der Berliner Gewerkschaftskommission und der Berliner Parteiorganisation in Berlin veranstaltet.

Hinsichtlich der Maidemonstration war nach langen Verhandlungen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission ein Uebereinkommen betreffend die Unterstützung derjenigen getroffen, die infolge Ruhenlassens der Arbeit am 1. Mai ausgesperrt werden. Der Gewerkschaftskongreß in Hamburg beauftragte die Generalkommission, nochmals mit dem Parteivorstand über eine anderweitige Regelung der lokalen Unterstützung zu verhandeln. Erneute Unterhandlungen in der Sache führten jedoch zu keinem anderen Ergebnis, als es in der getroffenen Vereinbarung vorlag. Der Parteitag in Nürnberg lehnte einige Bestimmungen ab, die von entscheidender Bedeutung für die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen waren. Dadurch war diese hinfällig geworden und muß es daher vorläufig bei der bisherigen Art der Unterstützung der infolge der Maidemonstration Ausgesperrten verbleiben.

Die von dem Gewerkschaftskongreß angenommenen, von dem Parteivorstand und der Generalkommission ausgearbeiteten Vorschläge für eine Organisation zur Erziehung der Jugend, wurden auch von dem Parteitag in Nürnberg unverändert angenommen. Es konnte deshalb die Durchführung der Vorschläge erfolgen.

Entsprechend dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses berief die Generalkommission eine Konferenz der Hausangestellten, ein, nachdem durch Umfrage bei den bestehenden Vereinen eine Uebersicht über den Stand der Organisation der Hausangestellten gewonnen war. Auf Grund der Ergebnisse dieser Statistik kam die Konferenz zu dem Beschluß, einen Verband der Hausangestellten zu gründen. Im Februar 1909 tagte in Berlin eine Landarbeiterkonferenz, welche die Gründung eines Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter beschloß.

Die Generalkommission hatte sich mehrfach mit Beschwerden zu beschäftigen, die über das in einzelnen Orten beliebte Verfahren geführt wurden, durch Sammlungen in ganz Deutschland die Mittel zum Bau eines Gewerkschaftshauses oder Versammlungssaales zu beschaffen. Nach den Erfahrungen, die bisher mit der Errichtung eines eigenen Heims gemacht sind, ergibt sich, daß selbst in Orten mit hoch entwickelter Gewerkschaftsbewegung die Gewerkschaftshäuser sich nur schwer zu erhalten vermögen. Es werden deshalb nur in den Orten solche errichtet werden können, in denen die Mittel hierfür vor dem Kauf eines Grundstücks oder mit dem Beginn des Baues in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, sei es, daß die Gewerkschaften selbst oder Privatpersonen die Summen freistellen. Wo dies nicht der Fall ist, sollte man auf ein solches Unternehmen verzichten. Durch Sammlungen oder durch anderweitige Inanspruchnahme der Arbeiterschaft außerhalb des betreffenden Ortes die erforderlichen Mittel zu beschaffen, ist in allen Fällen verfehlt.

Im Berichtsjahre beantragte der Verband der Isolerer und Steinholzleger, der bisher der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ angehörte, seinen Anschluß an die Generalkommission. Nach längeren Verhandlungen über eventuellen Anschluß dieses Verbandes an den Verband der Maurer, entschieden sich beide Organisationen für vorläufige Aufrechterhaltung des Verbandes der Isolerer und stimmte darauf der Gewerkschaftsausschuß dem Anschluß zu.

Die von der Generalkommission veranstalteten Statistiken verursachen den Organisationsleitungen recht erhebliche Arbeit. Mehr aber noch ist dies der Fall bei den von dem Reichsstatistischen Amt aufgenommenen Statistiken. Die Gewerkschaften haben sich bereitwillig dieser Arbeit unterzogen und ebenso bereitwillig tragen sie die nicht unerheblichen Ausgaben, welche ihnen durch die amtlichen Statistiken erwachsen. Mit vollem Rechte können sie dann aber auch verlangen, daß die amtlichen Statistiken, soweit sie die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation betreffen, zuverlässig und einwandfrei sind. Das ist bei der amtlichen Streitstatistik nach wie vor nicht der Fall. Das Statistische Amt hat diese Statistik nicht verbessert, sondern die im Berichtsjahre veröffentlichte wesentlich gekürzt, und zwar in der Weise, daß man annehmen muß, es läge die Absicht vor, den Gewerkschaften einen Vergleich der Ergebnisse der amtlichen Streitstatistik mit denen der gewerkschaftlichen unmöglich zu machen. Nichtsdestoweniger ist ein solcher Vergleich möglich geworden. Es hat sich dabei ergeben, daß für 1907 in der amtlichen Statistik mindestens 441 Kämpfe fehlen, welche die gewerkschaftliche Statistik nachweist. Für die Zeit von 1901 bis 1907 ist dieser Nachweis für mindestens 2788 Streiks und Aussperrungen geführt, an denen etwa 60 000 Personen beteiligt gewesen sind.

Der Vorsitzende der Generalkommission nahm deshalb wiederum bei Beratung des Stats Veranlassung, im Reichstage auf diese irre führenden amtlichen Veröffentlichungen hinzuweisen. Während der Staatssekretär des Innern jedoch im Vorjahre erklärte, er wünsche gleichfalls eine einwandfreie amtliche Streitstatistik, und er würde jeden Vorschlag, der geeignet sei, diesem Rechnung zu tragen, annehmen, wies er diesmal die Kritik kurzerhand ab, ohne sich die geringste Mühe zu geben, die Richtigkeit der erhobenen Beschwerden zu widerlegen, oder auch nur zu prüfen. Nach der Erklärung des Staatssekretärs werden die Erhebungsformulare vom Reichsamt des Innern und dem Bundesrat fest gesetzt, und wollen die Gewerkschaften sich an der Statistik nicht beteiligen, so können sie es lassen. Dem Herrn Staatssekretär ist es somit völlig gleichgültig, ob das Statistische Amt alljährlich falsche Zahlen über die Streiks und Aussperrungen veröffentlicht. Dann haben auch die Gewerkschaften keinerlei Ursache mehr, den Polizeibeamten, welche die Materialien für die amtliche Statistik herbei zu schaffen beauftragt werden, irgend welche Auskunft zu geben. Das heitere Spiel kann also fortgehen. Den Nachteil haben nicht die Gewerkschaften, sondern die amtlichen Stellen, welche sich weigern, der amtlichen Streitstatistik den Charakter einer Kriminalstatistik zu nehmen.

Die Auflage des „Correspondenz-Blatts“ stieg von 23 600 im Dezember 1907 auf 25 800 Ende Dezember 1908.

Die beiden fremdsprachigen Blätter, „L'Operato Italiano“ und „Dziwna“, sind, soweit zugänglich, inhaltlich ausgestaltet worden. Im Berichtsjahre betrug die Auflage von „L'Operato Italiano“ im Jahresdurchschnitt 10 444 Exemplare gegen 12 820 im Jahre 1907, und von der „Dziwna“ 6084 Exemplare gegen 6305 im Jahresdurchschnitt von 1907.

Das Arbeiterinnensekretariat hat im Berichtsjahre in gleicher Weise wie in den Vorjahren gearbeitet.

Das Zentral-Arbeitersekretariat weist im abgelaufenen Geschäftsjahre wiederum eine erhebliche Zunahme der eingegangenen Streitsachen sowie auch der schriftlichen Auskünfte auf. Während im Jahre 1908 die Zahl der Unfall- und Invalidenstreitsachen, die uns von den Arbeitersekretariaten, den Verwaltungen der Gewerkschaften oder von einzelnen Mitgliedern zuzingen, 1352 betrug, stieg die Zahl im Jahre 1908 auf 1774, mithin ein Mehr von 422 Streitsachen. Desgleichen ergab sich auch bei den schriftlichen Auskünften, die besonders von solchen Personen eingefordert wurden, die keine Gelegenheit haben, in der Nähe ihres Wohnortes ein Arbeitersekretariat in Anspruch zu nehmen, oder von Gewerkschaftsvorständen ausgingen, daß die Zahl dieser Auskünfte von 698 im Jahre 1907 auf 887 gestiegen ist.

Von den 1597 Streitsachen, die im Jahre 1908 erledigt wurden, betrafen 1480 Ansprüche auf Grund der Unfallversicherungsgesetze, 15 Fälle wurden davon vor dem Schiedsgericht erledigt, und zwar 9 zugunsten und 6 zuungunsten der Verletzten.

Von den im Jahre 1908 erledigten 117 Ansprüchen auf Invalidenrente mußten 20 wegen vollständiger Aussichtlosigkeit zurück gewiesen und 8 im Einverständnis der Versicherten zurück genommen werden. Von den 84 vertretenen Revisionen wurden 38 Revisionen der Versicherten und 18 Revisionen der Landesversicherungsanstalt zurück gewiesen. Statt gegeben wurde den Revisionen der Versicherten in 29, der Landesversicherungsanstalt in 14 Fällen.

So weist der Bericht der Generalkommission auch für die Zeit der Krise eine umfangreiche und erfreuliche Tätigkeit nach. Das beste aber bleibt an demselben, daß er die Befürchtung der Freunde unserer modernen Arbeiterbewegung und die Hoffnung ihrer Feinde zerstört, als hätte die Bewegung der freien Gewerkschaften unter den gegenwärtigen ungünstigen Verhältnissen eine nennenswerte Beeinträchtigung erfahren. Die Festigung derselben zeigt nichts deutlicher als die Leichtigkeit, mit der sie die schwere Zeit des wirtschaftlichen Niederganges zu überwinden vermochte.

Beiträge erwünscht **Aus unserem Berufe** Beiträge erwünscht

Schleuderkonkurrenz. Jüngst führte mich mein Weg durch eines der großen Warenhäuser Berlins. Als ich durch das Porzellanlager des Kaufhauses ging, blieb ich überrascht stehen. Da standen auf der Erde hohe Stöße ovaler Schüsseln in allen Größen. Doch die kleinste Schüssel dürfte mindestens 35 cm gemessen haben. „Stück 42 Pfg.“ las ich auf einem Kartonplakat, das auf den Schüsseln lag. Ich traute meinen Augen kaum. Näher tretend, betrachtete ich die Schüsseln genauer. Die Vermutung lag für mich nahe, daß es sich hier um besonders defekte, grob brandrissige oder starke Glasurmängel oder auffällige Brandfehler aufweisende Stücke handelte. Doch ich hatte mich getäuscht. Ich nahm mehrere Schüsseln in die Hände, betrachtete die Stücke oben und unten: Sie waren zumeist ohne jeden Fehler. In allen Größen und Mustern standen sie da. Mit leichtem Reliefmuster versehen, oder glatt, Feston oder englische Form. Alles war vorhanden und Stück für Stück kostete zwei und vierzig Pfennige. Noch immer glaubte ich, daß ich mich irren müßte. Wie konnte es nur möglich sein, daß diese schweren, sauber gearbeiteten und mit der Hand geformten Schüsseln für diesen Spottpreis verkauft werden konnten? Gewiß lag hier nur eine Verwechslung vor. Das Plakat konnte aus Versehen auf die Schüsseln gekommen sein, oder bei der Preisauszeichnung war ein Versehen begangen worden. Ich fragte auch die Verkäuferin um den Preis. Zugleich drückte ich alle meine Zweifel an der Richtigkeit dieses Preises aus. Das Fräulein blieb aber bestimmt bei 42 Pfg. Und als ich noch immer zweifelnd den Kopf schüttelte, da lächelte sie mich wie mitleidig an als dachte sie bei sich: Du naiver Mensch, was hast Du für eine Ahnung, wie die Warenhäuser ihre Waren aufkaufen. — Doch dann nahm ich mir eine Fischschüssel, 24 x 57 cm messend, für zwei und vierzig Pfennige mit nach Hause. Die Schüssel ist fehlerfrei, mit der Hand geformt und mit Festonrand versehen. Auf der Rückseite trägt die Schüssel die Fabrikmarke der Porzellanfabrik Fraureuth. An Arbeitslohn erforderte diese Schüssel 40 Pfg. Ausgabe; für 42 Pfg. kaufte ich das Stück. Wo bleibt da die Deckung für Material, fürs Brennen, für den Transport usw.? — Man sagte mir, in Fraureuth sei das Lager voll von solchen alten Mustern gewesen. Es sei viel verramscht worden. Von „alten“ Mustern sollte man nicht reden; denn glatte Festonschüsseln werden noch immer gearbeitet, sie werden auch nicht so bald verschwinden. Aber verramscht ist worden. Unheimlich niedrig im Preise müssen die

Ueberbestände des Fraureuther Fabriklagers verschleudert worden sein, um es zu ermöglichen, daß die Ware zu solchen Preisen verkauft wird. Und das scheint durchaus nichts Seltenes zu sein, wie ein öfterer Gang durch die Warenhäuser jedem bezeugen kann. Einmal sind es Schüsseln, ein anderes Mal Teller, Tassen, Töpfe, Servise oder Nippesachen. — Dann aber ist es kein Wunder, wenn bei dieser unüberlegten Wirtschaft die Unternehmer den Arbeitern bei den Lohnkürzungen das Blaue vom Himmel über die geringen Verkaufspreise herunter jammern. — Und wozu, wenn solche Schleudereien möglich sind, mag wohl der Schutzverband deutscher Porzellanfabriken bestehen? Was haben ferner bei solchen Möglichkeiten Vertragsabschlüsse der Fabrikanten mit den Händlerorganisationen für einen Wert? Nur den, daß sie nicht beachtet werden?

Die schlechte Geschäftszeit findet auch in dem Bericht der Geschäftsleitung des Verbandes keramischer Gewerke in Deutschland Erwähnung, in dem es darüber heißt: „Der auf Grund der bei den Mitgliedern angestellten Erhebungen erstattete Bericht über die Geschäftslage der keramischen Industrie ergab ein sehr trübes Bild. Von den berichtenden Firmen meldeten für das Jahr 1908 für das Inlandsgeschäft: 64,91 v. H. Rückgang, 23,08 v. H. Stetigkeit und nur 12,31 v. H. Zunahme. Noch ungünstiger gestaltete sich das Auslandsgeschäft. Hier meldeten Rückgang 69,49 v. H., Stetigkeit 20,34 v. H., Zunahme 10,17 vom Hundert. Wie übereinstimmend berichtet wurde, bewegte sich die Steigerung in sehr geringen Grenzen und wurde hauptsächlich auf die aus dem Vorjahre übernommenen Aufträge zurück geführt. Der Rückgang wird mit 10 bis 30 v. H. angegeben, und in der Regel brachte das Auslandsgeschäft stärkere Ausfälle, als dasjenige im Inland. Vor allen Dingen zeigten sich die Vereinigten Staaten von Nordamerika nur in geringem Maße aufnahmefähig. Trotz der durch Einlegung von Festschichten und Entlassung von Arbeitskräften herbei geführten Produktionsbeschränkung mußte man doch, wenn auch nicht durchweg so doch in der Hauptsache Preisermäßigungen eintreten lassen. Dies wurde teils durch die Kundschaft, teils auch durch diejenigen Fabrikanten veranlaßt, welche sich nicht dazu verstehen konnten, ihre Erzeugung einzuschränken, sondern mit aller Gewalt den seitherigen Umsatz erreichen wollten. Die Wettbewerbsverhältnisse haben wesentlich schärfere Formen angenommen. Dies wird teils durch die allgemeine Lage, teils durch die Gründung neuer und die Erweiterung bestehender Betriebe erklärt. Auch das Ausland machte sich sowohl auf dem deutschen, wie auf den Auslandsmärkten stärker bemerkbar. So empfand die Porzellanindustrie besonders scharf den Wettbewerb französischer Fabriken.“ — Dann aber heißt es an einer anderen Stelle in dem Bericht: „An Arbeitskräften fehlte es nicht, teilweise war sogar ein Ueberangebot vorhanden. Trotz dem hielten sich aber die Löhne auf derselben Höhe; nur drei Betriebe berichten von einer Ermäßigung, während neun Betriebe eine mäßige Erhöhung, besonders für die Tagelöhner melden.“ — Darnach scheint entweder die Berichterstattung der Mitglieder dieses Unternehmerverbandes an dessen Geschäftsleitung in diesem Punkt sehr ungenau zu sein oder die Fabrikanten haben ihrem geschäftsführenden Vorstand Dinge erzählt, die mit den Tatsachen in grellem Widerspruch stehen. Es ist einfach zum Lachen, jemand glauben machen zu wollen, daß in einer Zeit, wo an allen Orten unserer Industrie von den Kollegen und Kolleginnen über sehr beträchtliche Lohnreduzierungen geklagt wurde, nur in drei Betrieben Lohnkürzungen vorgenommen worden sein sollen. Die „Feststellungen“ der Unternehmerorganisation scheinen noch jammervoller zu sein, als es die Streitstatistik des Reichsamts des Innern ist. — Und dieselben Leute haben den Mut, alle Erhebungen der Arbeiterorganisation mit einer wegwerfend mißtrauischen Handbewegung abtun zu können.

Dividenden. Die Porzellanfabrik Limbach ergab für das Jahr 1908 einen Gewinn von 41 855 Mk., der mit 8 Prozent Dividende an die Aktionäre zur Verteilung gelangte. Im Vorjahr betrug der Gewinn 62 841 Mark und der Dividendsatz 10 Prozent. — Auch in der Steingutfabrik Sörnewitz ist der Gewinn für 1908 gegen den des Vorjahres von 231 679 Mark auf 89 520 Mark zurück gegangen. Eine Dividende soll nicht an die Aktionäre gezahlt werden. Im Vorjahr wurden 14 Prozent ausgeschüttet. Die Abschreibungen sind dagegen in diesem Jahre auf 104 927 Mark bemessen, 1907 betrugen sie 96 179 Mark. — Gleich ungünstig wie früher steht — nach dem vorliegenden Abschluß pro 1908 zu urteilen — die Porzellanfabrik Unterweißbach. Auf das Warekonto wurde im Vorjahr ein Ueberschuß von 75 111 (158 323) Mark erzielt. — Die Handlungsunkosten erforderten 92 260 (95 338) Mark, der Zinsendienst 13 443 (13 848) Mark, Reparaturen 7807 (6954) Mark und

Abschreibungen 38 215 (38 139) Mark. Abzüglich 4078 Mark Gewinnvortrag ergab sich ein Verlust von 72 037 Mark. Im Vorjahre wurde aus 10 510 Mark Reingewinn ein pSt. Dividende verteilt. Diese Abrechnung läßt erkennen, daß die Firma durch die hartnäckige Verfolgung „ihrer“ Arbeiter und der langen Aussperrung unserer Kollegen sich ihre Lage durchaus nicht verbessert hat. — In der Porzellanfabrik Moschendorf ergab sich für 1908 ein Verlust von 142 463 Mk., der durch Inanspruchnahme der Reserven und früherer Gewinnvorträge auf 97 759 Mk. vermindert werden konnte. — Bei Baruther & Co. in Waldsassen blieben pro 1908 222 773 Mk. gegen 233 690 Mk. im Vorjahre übrig. — Einen Verlust brachte das Jahr 1908 auch der Grohner Wandplattenfabrik. Schon im Geschäftsjahr 1906/07 wurde ein Verlust von 35 858 Mk. auf das nächste Jahr übernommen. 1908 kommen 147 914 Mk. hinzu, so daß Ende 1908 183 812 Mk. Ausfall zu verzeichnen waren.

Eisenberg. In dem Flugblatt, das in letzter Zeit wiederum in den Fabriken der Mitglieder des „Wohlfahrtsvereins deutscher Porzellanfabriken“ zur Gewinnung neuer Mitglieder für die gelbe Unterstüßungskasse verbreitet wurde, ist auch viel von den „wohlgemeinten Absichten“ der Fabrikanten für „ihre“ Arbeiter die Rede. Wie diese wohlgemeinten Absichten mitunter in der Praxis aussehen, davon haben die Kollegen in Eisenberg in der letzten Zeit manches erfahren können. So erhielt ein Dreher, der in eine Lungenheilstätte gehen mußte, von der Firma seine Entlassung. An die Stelle des Entlassenen, der seine Kur nun mit einem besonders beruhigten Gefühl wird antreten können, rückt ein anderer Dreher, dessen Platz von einer Dreherin eingenommen wird. — Bei Bremer & Schmidt wurden vor längerer Zeit einige verheiratete Kollegen entlassen. Dieselben konnten trotz vielen Bemühungen andere Arbeit nicht finden. Auch als Tagelöhner fanden die drei Familienväter nirgends Arbeit. Inzwischen stellte aber die Firma B. & Sch. wieder vier andre Maler ein. Als sich die drei Entlassenen ebenfalls um die Arbeit bemühten, hieß es: „Mit Verheirateten geben wir uns nicht mehr ab.“ Ebenso stellte Mühlensfeld ledige Maler ein und wies die Verheirateten ab. Ja, bei Bremer & Schmidt war die Vorliebe für ledige Maler so groß, daß die Firma zwei der Eingestellten veranlaßt hatte, das bisherige Arbeitsverhältnis zu lösen und bei ihr in Arbeit zu treten. Und vor der Tür stehen Familienväter — seit Wochen arbeitslos — und können keine Arbeit finden. Es geht doch nichts über die „wohlgemeinten Absichten“ der Herren Fabrikanten mit „ihren“ Arbeitern.

Mannheim. Herr Sterner, in Firma „Rheinische Porzellanfabrik“, schrieb jüngst an einen unserer Kollegen, daß er auf dessen Eintritt verzichte. Der Kollege hatte Herrn Sterner nämlich gefragt, ob derselbe noch Einwände gegen die Zugehörigkeit der bei ihm beschäftigten Arbeiter zur Organisation erhebe. — Dann schrieb Herr Sterner auch, daß jetzt in der Fabrik eine „vorzügliche Masse“ verarbeitet werde und „wir leben mit unseren Arbeitern in bestem Einvernehmen.“ Auch behauptet Herr Sterner, daß die Dreher jetzt wöchentlich im Durchschnitt ungefähr 30 bis 40 Mk. bei 5½ tägiger Arbeitszeit verdienen. — Leider bemerkte Herr Sterner in dem Schreiben nicht, wie viel Stunden am Tage gearbeitet wird. Da Herr Sterner in dem Schreiben auch zugleich droht, gegen jeden, der „Unwahrheiten gegen uns (Sterner) und „unsere“ Arbeiter“ verbreitet, gerichtlich vorgehen zu wollen, muß es ja wahr sein, was Herr Sterner alles in dem Briefe an unseren Kollegen erzählt hat. — Wir freuen uns darum umso mehr, daß die von uns über die Rheinische Porzellanfabrik verhängte Sperrre den dreifachen Nutzen hatte, daß es jetzt „vorzügliche“ Masse, 40 Mk.-Löhne und Frieden in jenem Betriebe gibt. Und da ärgern sich die Fabrikanten noch über unsere Sperren!

Neuhaldensleben. Unter Bezugnahme auf unsere Notiz in Nr. 15 unseres Blattes teilt uns Herr Ignaz Wessel seines Zeichens Muster- und Obermaler in Rheinsberg mit, daß er sich keine Unredlichkeiten hat zu schulden kommen lassen. Die betreffende Notiz in dem Lokalblatt von Neuhaldensleben sei nur der Ausfluß eines Racheaktes, veranlaßt durch den Austritt W. aus dem Hubbe'schen Betrieb. Denn, so schreibt der Herr Muster- und Obermaler Ignaz Wessel aus Rheinsberg, nur durch seine Tüchtigkeit sei die Malerei bei Hubbe wieder gehoben worden. Und die von ihm kopierten Muster seien sein Eigentum gewesen. — Von seiner arbeitswilligen Tätigkeit in Schlierbach erwähnt W. nichts in seinem Schreiben. Dafür droht er uns aber, wenn wir die Berichtigung nicht „vollständig“ bringen, uns bei der „königlichen Staatsanwaltschaft wegen eines Verstoßes gegen das Preßgesetz“ anzuzeigen. Auch beschuldigt Herr Muster- und Obermaler Wessel in dem gleichen Schreiben einen unserer Verbandskollegen des Diebstahls an Schablonen, Lösungsfarben

usw. — Aus allen diesem erhellt wohl, daß der Muster- und Obermaler Wessel in Rheinsberg noch eine unbegrenzte Karriere bei den Unternehmern vor sich hat.

Frankreich. An der staatlichen Porzellanmanufaktur in Sèvres ist der Direktor-Posten neu zu besetzen. Eine mit den Vorarbeiten dazu betraute Kommission von Fachmännern hat dafür folgendes Programm aufgestellt: Es wird verlangt, das marktfähige, der französischen Industrie wegweisende, streng korrekte, kunstgewerblich moderne und keramisch einwandfreie Muster geschaffen werden, Arbeiten der Fabrik in Handel kommen, die nicht nur das jahrhundert alte kolportierte Sèvres-Genre vertreten. Es wird ferner darauf verwiesen, daß manche Tassen der Manufaktur in Sèvres, aus früheren Jahrhunderten, sich bis 2000 Franks pro Stück bewerten, und es soll angestrebt werden, daß durch eine eigenartige Fabrikation anstelle des „traditionellen Fabrikates überkommener, bürokratischer Schönheitsstendenz“, etwas erzeugt wird, das dem Renommee dänischer Unterglasurporzellane ebenbürtig entgegen tritt. Es wird darauf hingedeutet, daß die Veredelung und beständige technische Neuerung allein durch fortschrittliche Behandlung der Feinkeramik Neuheitswerte und daher Nachfrage schaffen kann. Wenn eine perliche Fayence, z. B. ein Pokal, bei ihrer Herstellung einige Franks kostet, während dieses Stück (indem dessen Glasur durch langes zufälliges Lagern in einem Misthaufen einen wunderbaren Lüster erhielt) nachdem (1908) mit 15 000 Franks bezahlt wurde, so ergibt sich aus diesem Beispiel, daß eine Kunstindustrie zur höchsten Bedeutung für die Volkswirtschaft gelangen wird, die es versteht, eine hohe Veredelungsarbeit ihrer Fabrikate hervor zu bringen; dabei darf nicht die Sucht von Extravaganter vorherrschen, sondern das Material muß frei von überflüssiger Malerei und Plastik sein, und nur die Materialschönheit, durch raffiniert einfache und geschmackvolle Behandlung der Dekoration, unterstützt durch neue Techniken der Malerei, Kellierung, Glasuren und Pasten, die sich ja noch sehr erweitern lassen, wirken. Zweck der Feinkeramik ist es nicht, Nippes zu schaffen, sondern wenn man bedenkt, daß der Liebhaber für seltene Glasurereffekte an einfachen japanischen Arbeiten trotz deren primitiv einfachen Scherben, Formen und Gebrauchszwecken diese mit Gold bewertet, so ergibt sich, daß eine Wiederbelebung jeder Industrie davon ausgeht, den Materialwert ihrer Arbeiten durch einfache Veredelung zu heben. Hier müßte stets das Naturbild Anregung geben.

Indien. Auch in Indien wird jetzt die Porzellanfabrikation Eingang finden. So wird berichtet, daß in Entally, Provinz Bengalen, der Bau einer Porzellanfabrik in Angriff genommen worden ist. Das Werk wird von einer einheimischen Kompanie errichtet. Die Maschinen wurden kürzlich in Deutschland bestellt. Die Fabrik erhält ihr Rohmaterial aus den zu Mangalhat, nicht weit von Kalkutta in den Santhal Berganahs gelegenen großen Koalinelagern, welche zwar schon lange bekannt, aber noch unausgebeutet sind. Es werden zunächst 50 Arbeiter beschäftigt, für feinere Arbeiten sind einige japanische Künstler engagiert. Die Gesellschaft beabsichtigt, ein großes Etablissement zu errichten und vornehmlich den Bedarf des heimischen Marktes zu befriedigen, aber auch an das Ausland zu liefern, und zwar nicht nur fertige Sachen, sondern auch Koalin, der von vorzüglicher Beschaffenheit sein soll. Von Porzellanwaren sollen in erster Linie Saucieren, Tassen, Tablette, Spielzeug, Apothekerkruten, Tintenfässer und dergl. fabriziert werden. — Sollte dieser erste Versuch zur Gründung einer indischen Porzellanindustrie gelingen, dann würde den deutschen und österreichischen Porzellanfabriken nicht nur ein weiteres Absatzgebiet entzogen werden, sondern die Gefahr liegt nahe, daß bei der Billigkeit der indischen Arbeitskräfte eine sehr leistungsfähige Konkurrenz der abendländischen Porzellanindustrie auf dem Weltmarkt erstehen kann.

Aus anderen Verbänden

Töpfer. Wie aus der Abrechnung über das Jahr 1908 zu erschen ist, wurden auch unsere Kollegen im Töpferverband von der Krise stark getroffen. Ihr Mitgliederbestand verringerte sich um 1569, so daß derselbe am Ende des Jahres 1908 10 365 betrug. Am stärksten ging der Mitgliederbestand der Zahlstellen Berlin und Belten zurück. In beiden Orten lag auch die Töpferlei am ärgsten darnieder. — Die Zeiten werden sich schon wieder bessern.

Verschmelzungen. Der Verbandstag der baugewerblichen Hilfsarbeiter in Köln beschloß einstimmig eine Verschmelzung mit dem Maurerverband. — Der Verbandstag

der Hotelbiener in München beschloß mit 37 gegen 2 Stimmen die Verschmelzung mit dem Verband der Gastwirtsgehilfen.

Vermischtes

Ein Geheimprotokoll aus Unternehmertreuen ging dem Bergarbeiter-Verband zu. Als unter der Nachwirkung des entsetzlichen Unglücks auf der Radoboggrube die preußische Regierung zu einer geringen Ausdehnung des Arbeiterschutzes sich gedrängt sah, berief der Minister Delbrück eine Konferenz der Bergarbeiter- und Bergherren-Vertreter ein. Daß unter den Arbeiter-Vertretern auch ein Angehöriger des Bergarbeiter-Verbandes war, ärgerte die Bauherren im besonderen, wie sie die Absicht der Regierung, den Bergarbeiterschutz um ein Geringes zu erweitern, im allgemeinen stark verschmüßte. Sie kamen darum in einer Sonderkonferenz am 6. Januar zusammen und legten nun nach Kräften gegen die Regierung und gegen die Absicht einer ernstlichen Erweiterung des Arbeiterschutzes los. Im besonderen nahmen sich die Kohlenjunker den Minister Delbrück aufs Korn. Und die treffendste Stelle in dem stenographischen Bericht über die Geheimkonferenz ist die folgende Passage einer Rede des Bergrats Williger, der kurz heraus erklärte: „Mir scheint es auch — wenn ich vertraulich hier reden darf —, daß es sich bei dieser Vorlage schließlich und endlich um die Stellung des Ministers handelt. Man hat ihm von oben herab die Pistole auf die Brust gesetzt. Ich bin nun der Ansicht, man muß dem Minister das Rückgrat stärken und ihm, wenn nicht anders zu einem eleganten Abgang verhelfen. Wir wissen nicht, wie der nächste Minister einmal sein wird, aber wenn wir den Herren immer wieder das Rückgrat stärken, indem wir treu auf unserm Standpunkt beharren, und es geht vielleicht der zweite, dritte, vierte und fünfte, dann wird sich das Blättchen schließlich doch zu unseren Gunsten wenden. Ich glaube, wir sind jetzt schon im Uebergang begriffen.“ — Wir können leider nicht auf die vielen anderen Stellen dieses Stenogramms, daß in einwandfreier Weise die eigentlich regierenden Kreise in Preußen-Deutschland erkennen läßt, eingehen, aber so viel steht fest: Die Bergherren werden siegen. Die Berggesetznovelle wird nichts für die Arbeiter taugen und der Minister Delbrück wird mit einem mehr oder weniger eleganten Abgang abgeschoben werden. Man macht für ihn bereits den Kultusminister-Sessel frei.

Einen außerordentlichen Krankenkassentag berufen die Vorstände des Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen, der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen und des Verbandes der freien Hilfskassen zum 17., 18. und 19. Mai nach Berlin als fünften allgemeinen Kongreß der Krankenkassen Deutschlands ein. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung: „Die Vorlage zur Reichsversicherungsordnung.“

Neue Blätter. Einige neue für die Arbeiterschaft besonders interessante Zeitschriften sind vor kurzem ins Leben gerufen worden. So erscheint seit Anfang April in Leipzig eine Monatszeitschrift für Arbeiterbibliotheken „Der Bibliothekar“, in welcher der an der Errichtung und dem Ausbau guter handlicher Bibliotheken stark interessierten organisierten Arbeiterschaft methodische Anweisungen und Ratschläge erteilt werden sollen. Wenn man weiß, wie unbeholfen, plan- und ziellos in den allermeisten Fällen Bibliotheken für die Arbeiterschaft eingerichtet, ergänzt, verwaltet und benutzt werden, so wird man die Notwendigkeit und den Wert einer gut geleiteten Zeitschrift, die diesem Mangel abhelfen will, zu schätzen wissen. — Ebenfalls mit der ersten Nummer erschien im April in Berlin das Zentralorgan des jüngst gegründeten Verbandes der Hausangestellten Deutschlands. Auch dieses Blatt wird vorerhand monatlich heraus gegeben werden. Als Leiterin des Blattes ist die Genossin Ida Baar bestimmt. Daß man eine Frau mit der Redaktion dieser Zeitschrift betraut hat, wirkt um so sympathischer, als dieser Verband in erster Linie die weiblichen Dienstboten zu seinen Mitgliedern zählen wird. — Im Anschluß hieran sei auch der Feste-Sammlung „Die Volkshöhne“ gedacht. Diese Feste werden von dem Bildungsausschuß der Partei heraus gegeben und erscheinen in zwangloser Folge. Opern und Schauspiele werden in dem Büchlein in allgemein verständlicher Weise besprochen. Den Arbeitern, die zumeist ohne weitere Vorbildung das Theater besuchen müssen: ist dadurch Gelegenheit geboten, sich leicht und doch in nuzbringender, vorteilhafter Weise in die dramatische Literatur, und insbesondere in den Geist und die Aufgabe einzelner Werke einzuführen.

Zur Unterhaltung

Das Fäßchen.

Aus dem Französischen von G. de Maupassant.

Herr Chicot, der Gastwirt von Creville, ließ sein Korbwägelchen vor dem Hofe der Mutter Magloire halten. Er war ein kräftiger Kerl von vierzig Jahren, rot und dickbäuchig und galt für böshaft.

Er band das Pferd an den Pfahl neben dem Hoftor und trat in den Hof ein. Er besaß einige Ländereien, die an das Besitztum der alten Magloire stießen, das er seit langem mit begehrliehen Augen betrachtete. Zwanzigmal hatte er wohl schon versucht, es käuflich an sich zu bringen, Mutter Magloire hatte jedoch alle Anerbieten hartnäckig zurück gewiesen.

„Ich bin hier geboren, hier will ich auch sterben“, sagte sie immer.

Er traf sie heute beim Kartoffelschälen, vor ihrer Tür. Sie zählte jetzt zweiundsteibzig Jahre, war verirodnet, verrunzelt und verkrümmt, doch unermüdet bei der Arbeit wie ein junges Mädchen. Chicot schlug ihr freundlich auf den Rücken und setzte sich dann neben sie auf einen Schemel.

„Na Mutter! wie steht's mit der Gesundheit? Alles in Ordnung?“

„Es geht ja, und bei Euch, Gevatter Prosper?“

„'n bißchen Reizen, sonst kann ich auch nicht klagen.“

„Das ist ja schön.“

Sie sagte nichts mehr. Chicot sah zu, wie sie ihre Arbeit verrichtete. Ihre knotigen, krummen Finger, die hart geworden wie Krebscheren, holten wie Zangen die braunen Knollen aus einem Korb an ihrer Seite. Blitzschnell fuhr sie mit dem Messer in ihrer anderen Hand rund um dieselben herum und schälte lange Streifen ab, und wenn der Erhappel dann ganz gelb erschien, warf sie ihn in einen mit Wasser gefüllten Eimer an ihrer Seite. Drei verwegene Hühner kamen eins nach dem andern bis auf ihren Rock, pickten eine Schale auf und flohen mit der Beute, so schnell es ihnen möglich war, davon. Chicot machte ein verlegenes, zögerndes, unsicheres Gesicht und hatte offenbar etwas auf der Zunge, das nicht herunter wollte. Endlich machte er einen Anlauf: „Sagt mal, Mutter Magloire . . .“

„Wat steht Euch je Dienste?“

„Wollt Ihr mir den Hof noch immer nicht verkaufen?“

„Nä, da kann nig draus werde, dat hab ich Euch als so oft gesagt. Fangt erst nit mehr dervon an.“

„Ich hab' jetzt aber einen Ausweg gefunden, bei dem wir alle beide unser Geschäft machen könnten.“

„Und de wär?“

„Paßt mal auf, Ihr verkauft mir den Hof und behaltet ihn doch. Seid Ihr damit einverstanden?“

Die Alte hielt mit dem Kartoffelschälen inne und heftete ihre lebhaften Augen mit den verrunzelten Lidern auf den Gastwirt.

Er fuhr fort: „Ich will mich genauer ausdrücken. Jeden Monat bringe ich Euch hundertfünfzig Mark. Versteht mich gut: Jeden Monat bring ich Euch hier mit meinem Korbwägelchen ganze fünfzig Taler! Und sonst soll sich nichts ändern, aber nichts, Ihr bleibt hier wohnen und kümmert Euch gar nicht um mich, nicht die Spur. Ihr habt nichts weiter zu tun, als das Geld anzunehmen. Paßt Euch das?“

Er blickte sie munter und guter Laune an. Die Alte betrachtete ihn mißtrauisch und suchte nach der Falle, die in seinen Worten versteckt sein könnte. Dann fragte sie: „Dat wär also für mich, na, und wat habt ihr denn von dem Hof?“

Er antwortete: „Da braucht Ihr Euch nur gar nicht drum zu kümmern. Ihr bleibt hier, so lang der liebe Gott Euch das Leben schenkt. Ihr sitzt in Euerm Eigentum. Ihr gebt mir beim Notar eine kleine Unterschrift, daß der Hof nach Euch mir gehört. Ihr habt keine Kinder und an dem Neffen hängt Euer Herz doch nicht. Paßt Euch nur mein Vorschlag? Ihr behaltet den Hof Euer Leben lang und ich geb' Euch monatlich fünfzig Taler. Das ist ganz Reingewinn für Euch.“

Die Alte war überrascht, beunruhigt und in ihrem Entschluß wankend gemacht. Sie erwiderte: „Ich sag' nit nein. Ich muß aber erst mal darüber nachdenke. Kommt doch nächste Woch ens wieder. Dann will ich Euch mein Antwort sage.“

Und Gevatter Chicot ging von dannen, erfreut wie ein König, der ein zweites Königreich erobert hat.

Die alte Magloire blieb in Gedanken zurück. Sie konnte die folgende Nacht nicht schlafen und hatte vier Tage lang ein reines Unentschlossenheitsfieber. Sie witterte wohl irgend etwas

Ungehöriges in dem Vorschlag des Gastwirts, der Gedanke an die fünfzig Taler monatlich, an das schöne Geld, daß klingend in ihre Schürze fallen, das vom Himmel in ihren Schoß regnen sollte, ohn. daß sie die Hand darnach auszustrecken brauchte, erfüllte sie jedoch mit nagender Begier.

Sie suchte einen Notar auf und trug ihm ihre Angelegenheit vor. Er riet ihr, Chicots Anerbieten anzunehmen, doch siebenzig Taler statt fünfzig monatlich zu verlangen, da ihr Hof mindestens einen Wert von sechzigtausend Mark habe.

„Wenn Sie noch fünfzehn Jahre leben,“ sagte der Notar, „so zahlt er den Hof immerhin auf diese Weise nur mit fünf- undvierzigtausend Mark.“

Die Alte zitterte bei dem Gedanken, monatlich siebenzig bare blanke Taler einnehmen zu können. Doch war sie noch immer mißtrauisch, fürchtete tausend unvorhergesehene Dinge, versteckte Fallstricke, konnte sich nicht zu einem Entschluß entscheiden und stellte immer neue Fragen, bis der Abend kam. Endlich gab sie dann den Auftrag, die Verkaufssakte aufzusetzen und begab sich, aufgereggt, als hätte sie vier Krüge neuen Apfelwein getrunken, nach Hause zurück.

Als Chicot kam, um sich ihre Antwort zu holen, ließ sie sich lange bitten, tat, als hätte sie gar keine Lust und war doch innerlich von Angst erfüllt, er möge die siebenzig Taler nicht zahlen. Endlich, als er dringend auf sie einredete, rückte sie mit ihrem Gegenvorschlage heraus.

Er sprang enttäuscht auf und sagte, dann wolle er lieber verzichten.

Um ihn nun wieder geneigt zu machen, begann sie über ihre wahrscheinliche Lebensdauer zu diskutieren.

„Ich mach' nit länger mehr, als fünf oder sechs Jahr. Ich geh' int dreihundstebzigste und bin nit mehr fest auf die Bein. Noch neulich dacht' ich, et wär am End'. Et war mich, als würd' ich innerlich ganz leer. Sie haben mich int Bett trage müsse.“

Chicot ließ sich aber nicht so leicht überzeugen.

„Na, na, Alte, Ihr seid solld wie der Kirchturm. Ihr werdet mindestens hundertundzehn Jahre alt. Paßt auf, Ihr kommt noch zu meinem Begräbnis.“

Der ganze Tag ging unter ähnlichen Hin- und Herreden dahin.

Da die Alte jedoch nicht locker ließ, willigte der Gastwirt endlich ein, die siebenzig Taler zu zahlen.

Am folgenden Tage unterzeichneten sie die Verkaufsurkunde. Und die Magloire schlug noch zehn Krüge Apfelwein auf den Kauf heraus.

Drei Jahre verflossen. Die gute Frau hielt sich brillant. Sie schien auch nicht einen Tag älter geworden zu sein und Chicot wurde von Verzweiflung erfaßt. Es kam ihm vor, als bezahle er die Rente schon seit einem halben Jahrhundert, als sei er betrogen, überlistet, ruiniert worden. Er besuchte die Bäuerin von Zeit zu Zeit, wie man im Juli auf das Feld geht, um zu sehen, ob das Getreide reif für die Sense ist. Sie empfing ihn mit einer Bosheit im Blicke, als beglückwünschte sie sich, ihm diesen guten Streich spielen zu können. Und er flog immer wieder schleunigst in sein Korbwägelchen und fluchte: „Willst du denn nicht bald krepieren, altes Hest?“

Er wußte nicht, was er machen sollte. Wenn er sie sah, hätte er sie erwürgen mögen. Er haßte sie mit dem wilden stupiden Haß des Bauern, der sich bestohlen sieht.

Dann sann er auf einen Ausweg.

Eines Tages besuchte er sie wieder und rieb sich dabei die Hände, wie er damals getan, als er sie zum erstenmal zu dem Verkauf zu überreden suchte.

Nachdem sie einige Minuten geplaudert hatten, meinte er: „Sagt doch mal, Mutter weßhalb eßt Ihr eigentlich nie bei mir, wenn Ihr nach Cyreville kommt? Man klatscht schon darüber. Man sagt, wie hätten Streit gekriegt, und das tut mir leid. Ihr wißt doch, daß Ihr bei mir nit zu bezahlen braucht, mir liegt doch nit an 'nem Mittagessen. Wenn Ihr also mal Lust habt, so kommt nur sofort, es soll mich sehr freuen!“

Die alte Magloire ließ sich nicht lange bitten, und als sie am nächstfolgenden Tage mit ihrem Knecht Cölestin und ihrem Karren zum Markt fuhr, stellte sie ihr Pferd ungeniert in Gevatter Chicots Stall und verlangte das versprochene Mittagsmahl.

Der Gastwirt strahlte, behandelte sie wie eine Dame und tischte ihr von allem auf, was seine Küche hergeben konnte. Doch aß sie nur sehr wenig, da sie seit ihrer Kindheit an strengste Einfachheit gewöhnt war und von nichts anderem als von ein wenig Suppe und einem Stückchen Butterbrot gelebt hatte.

Chicot drang enttäuscht in sie. Sie trank auch nicht und dankte für den Kaffee.

Er fragte: „Aber ein kleines Gläschen könnt Ihr doch nehmen?“

„Dat wär schon eher,“ meinte sie, „da bin ich gar nit so dagegen.“

Er schrie aus voller Kehle durch die Wirtsstube: „Rosalie, bring' mal vom besten, vom allerbesten, von dem mit drei Sternen!“

Und das Mädchen erschien mit einer großen Flasche, die ein papierenes Weinblatt schmückte.

Er füllte zwei kleine Gläser.

„Nun kostet mal, Mutter, das ist was Gutes!“

Und die gute Frau begann ganz langsam und in kleinen Schlickern zu trinken, damit der Genuß länger dauern möge. Als sie das Glas bis auf den letzten Tropfen geleert hatte, sagte sie: „Dat ist wirklich wat Gutes, dat muß man sagen.“

Sie hatte noch nicht zu sprechen aufgehört, so hatte Chicot ein zweites Glas eingeschickt. Sie wollte danken, aber es war zu spät, und trank es langsam, wie das erste hinunter.

Er drang in sie, noch ein drittes zu nehmen, sie lehnte ab. Er bestand aber darauf.

„Das ist ja mild wie Milch. Ich trinke zehn, zwölf Gläschen, ohne was zu spüren. Das geht ja wie Zucker die Kehle hinunter. Es kommt einem vor, als verflöge es auf der Zunge, weder im Magen noch im Kopfe merkt man was davon. Es gibt nichts Besseres für die Gesundheit.“

Da es ihr sehr gut geschmeckt hatte, nahm sie doch noch etwas, doch nur ein halbes Gläschen voll.

Da rief Chicot, von seiner Großmütigkeit überwältigt, aus: „Wenn es Euch Spaß macht, dann schen' ich Euch ein kleines Fäßchen von dem Schnaps. Ich will Euch doch zeigen, daß wir gute Freunde sind.“

Die alte Frau sagte nicht nein und begab sich ein wenig beschwipft auf den Heimweg.

Am folgenden Tage erschien der Gastwirt auf dem Hof der Mutter Magloire und zog ein kleines mit Eisen beschlagenes Fäßchen aus seinem Wägelchen. Sie mußte sofort von dem Inhalt kosten, um sich zu überzeugen, daß es derselbe feine Schnaps sei, den sie gestern getrunken und als sie mal wieder jeder drei Gläschen hinter sich hatten, sagte er zum Abschied: „Und wenn das Fäßchen leer ist, es gibt auch noch mehr; geniert Euch nur nicht. Mir liegt doch nichts an einem Fäßchen Schnaps. Je eher es aus ist, desto mehr soll es mich freuen!“

Damit flog er in sein Wägelchen.

Nach vier Tagen war er wieder da. Die Alte saß vor ihrer Tür und schnitt sich ihr Brot für die Suppe.

Er trat ganz nahe an sie heran und sprach ihr ins Gesicht, um ihren Atem riechen zu können. Ein Hauch von Alkohol kam auf ihn zu und seine Züge hellten sich auf.

„Könn' ich ein Gläschen haben?“ fragte er nach einer Weile.

Und sie stießen zwei- oder dreimal an.

Loch bald verbreitete sich das Gerücht in der Gegend, die Mutter Magloire betrinke sich in der Stille. Man fand sie bald einmal in der Küche, bald auf ihrem Hofe, ja zuweilen auf den Wegen in der Umgegend steif betrunken und bewußtlos liegen und mußte sie nach Hause bringen.

Chicot besuchte sie nicht mehr, und wenn man von der Bäuerin sprach, murmelte er mit betrübtem Gesicht: „Ist das nicht traurig, sich in ihrem Alter noch so etwas anzugewöhnen? Wenn man schon so alt ist, gib' s auch keine Hilfe mehr dagegen. Das nimmt doch noch mal ein böses Ende mit ihr!“

Und es nahm auch ein böses Ende mit ihr. Sie starb im folgenden Winter um Weihnachten, als sie einmal, ganz betrunken, im Schnee liegen geblieben war.

Gevatter Chicot erbt den Hof und erklärte: „Die Ver-rückte! Hätte sie sich nicht vergiftet, noch zehn Jahr hätt' sie den Hof haben können.“

Uersammlungs-Berichte etc.

sch. **Neumünster.** Die am 17. April stattgefundene Zahlstellenversammlung war gut besucht. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Ullmann gewählt. Ueber die Malfeierfrage entspann sich eine sehr rege Diskussion. Es wurde beschlossen, wegen Freigabe des 1. Mai bei der Firma vorstellig zu werden. Einem von der vorigen Versammlung zurück gestellten Antrag, wegen Ausschluß eines Mitgliedes aus dem Verbands, wurde nicht stattgegeben, weil die angeführten Begründungen kein zu großes Vergehen erkennen lassen. Ferner wurde angeregt, einen Arbeitsnachweis einzuführen. Der gestellte Antrag wurde mit allen Stimmen angenommen. Unter Verschiedenem wurden die Betriebsverhältnisse besprochen, welche noch manches zu wünschen übrig lassen.

1. **Schedewitz.** Am 4. April fand unsere regelmäßige Monatsversammlung statt. Leider muß konstatiert werden, daß von 78 hier am

Orte beschäftigten Mitgliedern nur 18 anwesend waren. Es ist dies ein sehr beschämendes Bild, das die Mitglieder an den Tag legen. Die Interessenlosigkeit wächst immer mehr. Es erweckt den Anschein, als hätten es die schiedewiger Kollegen nicht mehr nötig, sich gewerkschaftlich zu betätigen. Die Ausreden über das Fernbleiben sind keineswegs stichhaltig, denn wo ein guter Wille ist, da geht alles. Das kann man am besten beobachten bei andern Zusammenkünften, wo man keine Zeit und Geldmittel spart. Die hiesige Zahlstellenverwaltung ist doch bemüht, den Kollegen in den Versammlungen etwas zu bieten um das Herz und den Geist zu erfrischen und zu stärken. Also, wer te Kollegen und Kolleginnen, kommt euren Pflichten besser nach als bisher, macht den übrigen das Arbeiten nicht schwer und überdrüssig, kommt in die Versammlungen bis auf den letzten Mann, dann wird eine Freude sein zur gewerkschaftlichen Arbeit, denn Freude muß sein, wenn wir an die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, in punkto Agitation, herangehen wollen. Wenn wir nur den Grundstein legen, so können wir nach Vollenbung desselben befreit auf unser Arbeitsfeld zurückbleiben.

Sterbetafel.

Eilenberg. Friedrich König, Obermaler, geboren am 26. Mai 1862 in Schwarzburg, gestorben am 18. April an Scharlach.

Ehre seinem Andenken!

Adressen-Henderungen

Kathütte. Hr. Josef Grath, Abgießer, Nr. 86, bei Witwe Konradt.

Neumünster. W. Franz Ullmann Dh., Friedrichstr. 27, Hinterhaus. — Rff. wohnt Wertstr. 15, 2 Tr. — Hr. Karl Brammann, Raffernstraße 16, 1 Tr., Lina Fuchs Augustenstr. 13.

Schramberg. Hr. Josef Broghammer, M., Geishaldenstr. 14. — Ugt. Gustav Fritsch, Dh. Hauptstr. 52.

Sörnewitz. Rff. Carl Heine, Glasurer, Weinböhl i. S. Lindenstr. 29, pt.

Versammlungs-Anzeigen

Ahlen. Sonnabend, 24. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Vereinslokal.

Bayreuth. Sonnabend, 24. April, 8 Uhr bei Scheurer, Wiesenstr. 12. Quartalsabschluss.

Dülledorf. Sonnabend, 24. April, 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 8.

Gräfenthal. Sonnabend, 24. April, 8 Uhr, Schießhaus.

Gräfenroda. Sonnabend, 24. April 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Wächter. Abschluss und Maifeier.

Ilmenau. Sonnabend, 24. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Rosenau. Vortrag des Kollegen Chemnitz.

Judenbach. Sonnabend, 24. April, 8 Uhr, im Gasthof zum Thüringer Wald.

Königsee. Sonnabend, 24. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Rathaus, kleine Stube.

Lichte. Sonntag, 25. April, 8 Uhr, im braunen Roß. Abschluss am 18. April.

Meuselbach. Sonntag, 25. April, 8 Uhr nachm., Versammlung und Abschluss. Gauleiter Hoffmann ist anwesend.

München. Sonnabend, 1. Mai, im Restaurant Schillerhof, Schillerstraße 21.

Neumünster. Sonnabend, 8. Mai, im Arbeiterkasin, Mühlhof 24, Abschluss 26. April.

Nieder-Salzbrunn. Unsere Monatsversammlung findet diesmal nicht am 8., sondern Sonnabend, 1. Mai, abends 7 Uhr, in Währholts Lokal statt. Vortrag des Genossen Fürle.

Oberkotau. Sonnabend, 24. April, 8 Uhr. Quartalsabschluss.

Pankow. Freitag, 30. April, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Pieper, Kaiser-Friedrichstraße 70.

Potschappel. Sonnabend, 24. April, im Gasthof zu Döhlen, bei Angermann.

Probtzella. Sonntag, 25. April, 8 Uhr, bei Emil Heinz. Abschluss 24. April.

Rehau. Sonnabend 24. April, bei Anton Rothemund, Quartalsabschluss.

Roda. Sonntag, 25. April, nachmittags 3 Uhr.

Suhl. Sonntag, 25. April, nachm. 8 Uhr, in Dombergs Ansicht.

Weißwaller. Sonnabend, 8. Mai, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Café Zentral, bei Kreischnier.

Zell a. S. Sonnabend, 24. April, abends 8 Uhr, im Badischen Hof.

Anzeigen

Berlin. Sonntag, den 25. April: Besuch der Sternwarte in Dreptow. Treffpunkt bei Wahlisch, Skaltzer Str. 22, nachmittags 3 Uhr. Billetts sind im Bureau zu haben. Die Verwaltung.

Osterode a. S. Maifeier! Da von seiten der Zahlstelle Arbeitsruhe zu begehen, so machen wir hierdurch besonders auf die Abendveranstaltung aufmerksam. Diese findet um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Anton Waller „Freiheitler Hof“ statt. Referent Genosse Doebler, Gauleiter vom Textilarbeiterverband. Nach der Versammlung Kommerz und Tanz. Auch in diesem Jahre werden von der Leitung (Kartell u. Wahlverein) Maimarken à 30 Pfg. verausgabt, die besonders für die Kollegen sind, welche am 1. Mai arbeiten. Dieses wollen die Mitglieder der Zahlstelle Osterode a. S. besonders beachten und sich dem anschließen. Die Verwaltung.

Weißwaller. Maifeier! Sonnabend, 1. Mai, 8 Uhr, Mat- versammlung im Hotel zur Krone. Sonntag, den 2. Mai, früh 7 Uhr, Ausflug nach Muskau. Abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr Kommerz und Ball.

Nürnberg. Sonnabend, 24. April, 8 Uhr, findet im „Grünen Baum“ Fürth, kombinierte Versammlung des Glas-, Porzellanarbeiter und des Löfferverbandes, mit dem Thema: „Verschmelzungsfrage“, statt.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung
---	---------------------	--

Glas. Infolge vorgekommener Lohnreduktionen werden alle Kollegen, insbesondere Glas- und Bildermaler, ersucht, die Firma R a c h w a l s k y bis auf Weiteres mit Arbeitsangeboten zu verschonen. Der Vorstand.

Ilmenau. Diejenigen Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der hiesigen Zahlstellenverwaltung über die hier bestehenden Zustände zu erkundigen. Die Verwaltung der Zahlstelle.

Nürnberg. Kollegen, welche hier in Stellung treten wollen, werden ersucht, vor Stellungsannahme sich erst bei der Verwaltung über die hiesigen Arbeitsverhältnisse zu erkundigen.

Unterglasurmaler, der zugleich für bessere Spritztechnik auf Schablone sich ausgeben kann, erhält sofort Arbeit. Offerten unter W. D. an die Redaktion der Ameise.

Porzellanmaler für Blumen, Randstaffage baldigst nach Frankfurt a. M. gesucht. Auf ordentlichen Mann wird reflektiert, weil er bei Abwesenheit des Chefs an Damen Malunterricht mit zu erteilen hat. Meldung an den Arbeitsnachweis Paul Stelzer, Offenbach a. M., Frankfurter Str. 18.

Porzellanmaler, der in Puder- und Poliergolddekoren, auf Tafelgeschirre arbeitet, sowie auch in allen anderen in der Malerei vorkommenden Arbeiten firm ist, sucht Stellung in einer Privatmalerei oder besseren Porzellanfabrik des In- oder Auslandes. Offerten mit Lohnangaben unter S. R. J. an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Maler, bewandert in Freihand-Blumen, Landschaften, sowie in Dekor und Staffage sucht baldigst Stellung, eventuell als Mustermaler. Offerten unter S. G. an die Expedition der „Ameise“.

Maler, eingearbeitet in Band, Rand und Staffage sucht baldigst Stellung, am liebsten auf Emaillegeschirr. Offerten unter W. W. an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Preis der 2 gespaltenen Bettzelle 40 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
--	---------------------------	-------------------------------

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-N., Gniefenaustr. 6.**

Goldschmiedere, goldhaltige Lappen, Pinsel, Näpfe, Flaschen, Goldalche, sowie Platin und alle platinhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen, schnelle und reelle Bedienung
Otto Seifert, Zwickau, Sachsen, Osterweihstr. 32.

Goldschmiedere, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.
Emil Böhme, Eisenberg, S.-H. Ältestes Geschäft dieser Art.
Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Goldschmiedere, sowie alle anderen **Goldabfälle,** kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung **Martin Kaufmann, Zwickau in Sa., Grimmitzchauerstr. 18.**

Goldschmiedere, Goldflaschen und alle in der Vergolderie vorkommenden Abfälle kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher reeller Bedienung. **Oskar Rottmann, Stadtkim i. Thür.**

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Red. u. Verlag: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Röntgenstraße 14. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.